

GESCHÄFTSORDNUNG ÜBERWACHUNGSORGAN (ORGANISMO DI VIGILANZA, ODV)

Verabschiedet in der Sitzung des Überwachungsorgans vom 05.06.2014.

Aktuelle Fassung verabschiedet in der Sitzung des Überwachungsorgans vom 11.12.2023

Artikel 1 – Zweck und Anwendungsbereich

Die Obstgenossenschaft MIVO –ORTLER landw. Gesellschaft (nachfolgend kurz MIVOR) hat mit Beschluss des Verwaltungsrates vom 15.04.2014 ein Organ mit Überwachungs- und Kontrollfunktion (nachfolgend Überwachungsorgan) bestellt, welches das Funktionieren, die Wirksamkeit und die Einhaltung des von der MIVOR gemäß gvD vom 8. Juni 2011, Nr. 231 (nachfolgend kurz Dekret), mit dem Titel „*Disciplina della responsabilità amministrativa delle persone giuridiche, delle società e delle associazioni anche prive di personalità giuridica, a norma dell’articolo 11 della legge 29 settembre 2000, n. 300*“ eingerichteten und beschlossenen Organisationsmodells überwacht.

Das Überwachungsorgan hat seinen Sitz am Rechtssitz der MIVOR in 39021 Latsch (BZ), Industriezone 7.

Gegenständliche Geschäftsordnung regelt das Funktionieren des Überwachungsorgans und legt insbesondere dessen Aufgaben, Befugnisse und Verantwortung fest.

Artikel 2 – Eigenschaften des Überwachungsorgans

Die Ausübung der Tätigkeiten des Überwachungsorgans erfolgt in voller Autonomie und Unabhängigkeit.

Das Überwachungsorgan hat keine operativen oder geschäftsführenden Funktionen die dessen Objektivität gefährden könnten; dies als Garantie für die volle Autonomie, Kontinuität, Unabhängigkeit und Überparteilichkeit.

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben werden die Mitglieder des Überwachungsorgans gemäß den für sie vom Verwaltungsrat der MIVOR beschlossenen Vergütungen entlohnt und mittels einer eigens abgeschlossenen Versicherungspolize, oder entsprechenden Ergänzung der bestehenden, in Hinsicht auf den vorliegenden Aufgabenbereich abgedeckt.

Artikel 3 – Zusammensetzung des Überwachungsorgans

Das Überwachungsorgan ist ein Kollegialorgan, dessen Zusammensetzung vom Verwaltungsrat bestimmt wird.

Die Mitglieder des Überwachungsorgans dürfen sich während der gesamten Dauer ihres Mandats nicht in einer von Art. 2382 ZGB genannten Situationen befinden (Entmündigung, beschränkte Geschäftsfähigkeit, Konkurs, oder Verurteilung zu einer Strafe, welche auch nur zeitweilig den Ausschluss von öffentlichen Ämtern oder die Unfähigkeit, leitende Funktionen auszuüben zur Folge hat).

Artikel 4 – Amtszeit und Ergänzung des Überwachungsorgans

Die Mitglieder des Überwachungsorgans bleiben so lange im Amt, wie der Verwaltungsrat, welcher deren Ernennung beschlossen hat.

Der Verwaltungsrat der MIVOR kann bei Vorliegen eines berechtigten Grundes die Mitglieder des Überwachungsorgans jederzeit abberufen, und zwar nach schriftlicher Vorhaltung an das betroffene Mitglied, Erörterung allfälliger Gegendarstellungen seitens des betroffenen Mitglieds, welche innerhalb fünf Tagen ab Erhalt der Vorhaltung an den Verwaltungsrat zu senden sind, und nach Anhörung des Überwachungsorgans. Als berechtigter Grund gilt z.B. die unterlassene Mitteilung an den Verwaltungsrat über das Eintreten eines Grundes für den Amtsverlust oder die Verletzung der in nachfolgendem Art. 7 genannten Aufgaben.

Nimmt ein Mitglied des Überwachungsorgans ohne berechtigten Grund an drei aufeinanderfolgenden Sitzungen nicht teil, verliert es automatisch sein Amt.

Im Falle von Verzicht, nachträglicher Unfähigkeit, Abberufung oder Amtsverlust hat das Mitglied des Überwachungsorganes dies dem Verwaltungsrat rechtzeitig mitzuteilen, welcher unverzüglich die entsprechenden Entscheidungen zu treffen hat. Es obliegt dem Vorsitzenden oder dem ältesten Mitglied des Überwachungsorgans den Verwaltungsrat über das Eintreten von Gründen zu informieren, die eine Ersetzung eines Mitglieds erforderlich machen.

Im Falle des Verzichts, der nachträglichen Unfähigkeit, der Abberufung oder des Amtsverlustes des Vorsitzenden tritt das älteste Mitglied vorübergehend an seine Stelle und leitet unverzüglich geeignete Maßnahmen für den Ersatz und die Wiederherstellung des Organs ein.

Artikel 5 – Einberufung und Beschlüsse

Das Überwachungsorgan wird vom Vorsitzenden oder auf Antrag eines Mitgliedes immer dann einberufen, wenn Gegenstände zur Entscheidung anstehen. Das Überwachungsorgan hat jedenfalls mindestens zwei Mal im Jahr zusammenzutreten.

Die Einberufung erfolgt durch den Vorsitzenden mittels Brief, Fax oder E-Mail wenigstens fünf Tage vor der Sitzung und im Dringlichkeitsfalle mittels Telegramm, E-Mail oder Telefon, und zwar so, dass die Mitglieder wenigstens einen Tag vor der Sitzung informiert werden. Mit der Einberufung sind die Mitglieder über die Tagesordnung zu informieren.

Die Sitzung gilt bei Nichteinhaltung der in vorstehendem Absatz genannten Formvorschriften auch dann als ordnungsgemäß einberufen, wenn alle Mitglieder des Überwachungsorgans daran teilnehmen.

Das Überwachungsorgan ist bei Anwesenheit von zumindest zwei Mitgliedern beschlussfähig.

Die Beschlüsse werden mit absoluter Stimmenmehrheit gefasst. Jedes Mitglied hat eine Stimme.

Über jede Sitzung ist ein Protokoll zu verfassen, welches von den Mitgliedern zu unterzeichnen und am Sitz des Überwachungsorgans aufzubewahren ist. Das Protokoll wird in der vom Überwachungsorgan festgelegten Art und Weise, auch mit telematischen Mitteln, erstellt, übermittelt und genehmigt.

Jedes Mitglied hat sich der Stimme zu enthalten, wenn ein Interessenskonflikt mit dem zu beschließenden Gegenstand besteht. Das Vorliegen eines Interessenskonfliktes und die nachfolgende Enthaltung haben aus dem Protokoll der Sitzung hervorzugehen. Bei Nichtbeachtung der Verpflichtung zur Stimmenthaltung ist der Beschluss nichtig, wenn ohne die Stimme des entsprechenden Mitglieds die notwendigen Mehrheiten nicht erreicht worden wären.

Das Überwachungsorgan kann mit eigenem Beschluss Aufgaben an einzelne Mitglieder übertragen. Der Bevollmächtigte ist verpflichtet dem Überwachungsorgan in der nächsten Sitzung über die durchgeführte Tätigkeit zu berichten, um den anderen Mitgliedern so eine geeignete Überwachung zu ermöglichen.

Artikel 6 – Pflicht zur Vertraulichkeit

Die Mitglieder des Überwachungsorgans sind verpflichtet, alle im Rahmen ihrer Tätigkeit erhaltenen Informationen geheim und streng vertraulich zu behandeln. Diese Verpflichtung besteht nicht gegenüber dem Verwaltungsrat der MIVOR, es sei denn die Mitteilung der Informationen an den Verwaltungsrat könnte eine Gefährdung für die Ergebnisse der vom Überwachungsorgan durchgeführten Tätigkeiten darstellen.

Die Mitglieder des Überwachungsorgans garantieren die Vertraulichkeit der in ihrem Besitz befindlichen Informationen, insbesondere im Hinblick auf die eingegangenen Hinweise zu konkreten oder potentiellen Verletzungen des Organisationsmodells. Außer bei Vorliegen einer ausdrücklichen Genehmigung können vertrauliche Informationen nur im Rahmen der in Art. 7 dieser Geschäftsordnung genannten Aufgaben gefordert und verwendet werden.

Jede Information im Besitz des Überwachungsorgans ist im Sinne der geltenden gesetzlichen Bestimmungen zum Datenschutz, insbesondere des gesetzesvertretenden Dekrets vom 30.06.2003 Nr. 196 zu behandeln.

Der Verstoß gegen die vorgenannten Verpflichtungen hat den automatischen und sofortigen Verlust des Amtes zur Folge. Unbeschadet der Befugnisse des Verwaltungsrates hält

das Überwachungsorgan seinem Mitglied die Verletzung dieser Verpflichtungen vor und teilt die Vorhaltung dem Verwaltungsrat mit.

Artikel 7 – Aufgaben und Befugnisse

Das Überwachungsorgan hat folgende Aufgaben:

- die Überprüfung der konkreten Angemessenheit, Wirksamkeit, Aktualität und konkrete Umsetzung des Organisationsmodells hinsichtlich der effektiven Vorbeugung der Begehung der im Dekret genannten Straftaten;
- in Zusammenarbeit mit den zuständigen betrieblichen Stellen der MIVOR die kontinuierliche Aktualisierung und Überarbeitung des Organisationsmodells sowie der internen Kontroll- und Überwachungsprozeduren und Abläufe und, falls notwendig, die Unterbreitung an den Verwaltungsrat von geeigneten Maßnahmen und Änderungen;
- Informationsaustausch mit dem zuständigen Revisionsorgan;
- Kontakt und Sicherung der Informationsflüsse zum Verwaltungsrat der MIVOR;
- Gewährleistung der Informationsflüsse über die Ergebnisse der durchgeführten Kontrollen;
- Festlegung und Förderung geeigneter Maßnahmen zur Erhöhung und Verbreitung der Kenntnis und des Verständnisses des Organisationsmodells, sowie zur Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter und Sensibilisierung derselben hinsichtlich der Einhaltung der im Organisationsmodell enthaltenen Prinzipien;
- Auf Anfrage, Lieferung von Erläuterungen und Erklärungen zur Bedeutung und Anwendung der im Organisationsmodell enthaltenen Bestimmungen;
- Einrichtung eines effizienten internen Kommunikationssystems für die Übermittlung und Sammlung von relevanten Hinweisen im Sinne des Dekrets, unter Wahrung und Geheimhaltung des Meldenden;
- Feststellung, falls möglich, der begangenen Straftaten, folgende Durchführung von Inspektionen und internen Untersuchungen und Vorbereitung von entsprechenden Disziplinarmaßnahmen;
- Information an das für die Einleitung von Disziplinarmaßnahmen zuständige Organ;
- Kontrolle dass die festgestellten Verstöße gegen das Organisationsmodell tatsächlich und angemessen sanktioniert werden.

Für die Umsetzung der vorgenannten Aufgaben werden dem Überwachungsorgan folgende Befugnisse übertragen:

- Erlass von Dienstanweisungen und Anordnungen hinsichtlich der Kontrollaktivitäten des Überwachungsorgans;
- Einsicht in alle betrieblichen Dokumente, welche für die Ausübung und Durchführung der übertragenen Aufgaben notwendig sind;
- Einholung von Informationen und Unterlagen jeglicher Art von Seiten der einzelnen Ebenen und Abteilungen der MIVOR;
- sich der Mithilfe von externen Beratern mit nachgewiesener beruflicher Qualifikation oder internen Mitarbeitern mit ausreichend technischen Kompetenzen im Rechtsbereich, im Bereich Internal Audit und betrieblicher Organisation zu bedienen und zwar immer dann, wenn dies für die Ausübung der Kontroll- und Überwachungstätigkeiten oder für die Aktualisierung des Organisationsmodells erforderlich ist;
- Einholen von Informationen, Daten und Antworten von Seiten der Verantwortlichen für die einzelnen Abteilungen, welche zeitgerecht zu liefern sind, um die einzelnen Abteilungen auf die Bestimmungen des Dekrets und die konkrete Anwendung und Umsetzung des Organisationsmodells hin prüfen zu können;
- Erstellung eines Budgets für die Ausübung der eigenen Tätigkeit zur Vorlage und Genehmigung durch den Verwaltungsrat. Allfällige außerordentliche Spesen sind dem Verwaltungsrat getrennt zur Genehmigung vorzulegen;

Zur Verbesserung der Durchführung der einzelnen Aufgaben kann das Überwachungsorgan ein oder mehrere Aufgaben einzelnen Mitgliedern übertragen. Auch für diese übertragenen Aufgaben und Funktionen trägt das Überwachungsorgan in seiner Gesamtheit die Verantwortung.

Artikel 8 – Operative Unterstützung

Für eine bessere und effizientere Durchführung der übertragenen Aufgaben kann sich das Überwachungsorgan bei Bedarf, von Fall zu Fall, zeitweise der Mithilfe von Abteilungen bzw. Mitarbeitern der MIVOR bedienen. Auch für diese delegierten Aufgaben und Funktionen trägt das Überwachungsorgan in seiner Gesamtheit die Verantwortung.

Das Überwachungsorgan kann folgende Aufgaben delegieren:

- Sammlung der eingehenden Hinweise von Seiten der Mitarbeiter der MIVOR oder Dritter;
- Erstellung von periodischen Berichten zu den allenfalls festgestellten Unregelmäßigkeiten und Verstöße, auf Basis der vom Überwachungsorgan definierten Informationsflüsse;
- Prüfung des Organisationsmodells auf die tatsächliche Wirksamkeit der Vorbeugung der Begehung der vom Dekret definierten Straftaten;

- Prüfung der konkreten Umsetzung des Organisationsmodells in den vorab als „sensibel“ eingestuften Bereichen;

- Follow-up der vom Überwachungsorgan vorgeschlagenen Anpassungen und Änderungen des Organisationsmodells;

Vom Überwachungsorgan nicht delegiert werden können folgende Aufgaben und Funktionen:

- Prüfung der Angemessenheit, Wirksamkeit und der Effizienz des Organisationsmodells, dessen Aktualisierung sowie die Festlegung der als „sensibel“ einzustufenden Bereiche;

- Entscheidung darüber, ob eingegangene Hinweise weiter verfolgt oder archiviert werden sollen;

- Prüfung der tatsächlichen Kenntnis und Verständnis der im Organisationsmodell festgelegten Prinzipien durch die Mitarbeiter;

- Unterbreitung von konkreten Änderungsvorschlägen des Organisationsmodells an die zuständigen Organe, damit diese umgesetzt werden können;

- Erfüllung der Informationspflichten gemäß Art. 10 der vorliegenden Geschäftsordnung.

Artikel 9 – Informationsflüsse und Hinweise

Alle Mitarbeiter der MIVOR, eingeschlossen die leitenden Stellen, haben dem Überwachungsorgan mitzuteilen:

- die vom Überwachungsorgan definierten Informationen und Unterlagen in der von diesem definierten Art und Weise und innerhalb der festgelegten Fristen;

- bei Bedarf, jede andere Information, auch von Dritten, welche die Umsetzung und Anwendung des Organisationsmodells betrifft und vom Überwachungsorgan für die Durchführung seiner Aufgaben und Tätigkeiten für notwendig und erforderlich erachtet wird;

Insbesondere sind dem Überwachungsorgan verpflichtend folgende Unterlagen und Informationen zu liefern:

- Verfügungen und Maßnahmen von Gerichts- und Polizeibehörden bzw. allen anderen Behörden, aus denen die Durchführung von Erhebungen zu Lasten von Personen, Gesellschaften oder Dritten mit Beziehungen zur MIVOR für die im Dekret definierten Straftaten, hervorgeht,

- Anträge auf Rechtsbeistand von Seiten der Führungskräfte und anderer Mitarbeiter, gegen die ein Verfahren wegen der im Dekret vorgesehenen Straftaten eingeleitet wurde;

- von Abteilungsleitern erstellte Berichte aus denen Fakten, Verhaltensweisen, Handlungen und Unterlassungen hervorgehen, welche eine Verantwortung für die im Dekret vorgesehenen Straftaten nach sich ziehen können;

- Mitteilungen über die konkrete Umsetzung des Organisationsmodells auf allen betrieblichen Ebenen,
- Mitteilung der eingeleiteten Disziplinarverfahren und allenfalls verhängten Sanktionen, eingeschlossen der Verfahren gegen die Mitarbeiter sowie Nachricht über die Archivierung solcher Verfahren, samt der entsprechenden Begründung;
- jede andere sachdienliche Information, die auch im weiteren Sinne die Umsetzung, Durchführung oder Verletzung des Organisationsmodells betrifft.

Diese Hinweise sind schriftlich, eventuell auch in anonymer Form, von Funktionären, Mitarbeitern und Dritten zu übermitteln und haben konkrete oder potentielle Verletzungen des Organisationsmodells, der damit zusammenhängenden Prozeduren und von Verhaltensweisen gegen die ethischen Grundsätze der MIVOR, zum Gegenstand.

Geht eine Meldung hinsichtlich der Kenntnis oder des Verdachts von Verletzungen des Organisationsmodells beim Überwachungsorgan ein (sog. *whistleblowing*), leitet das Überwachungsorgan eine Prüfung und Bewertung der Meldung gemäß den Vorgaben laut der vom VWR verabschiedeten Regelung zum *whistleblowing* ein. Die Prüfung und Bewertung wird vom Überwachungsorgan angemessen dokumentiert und das Überwachungsorgan erstellt nach Abschluss der Prüfung einen Bericht an den Verwaltungsrat und an den Kontrollausschuss und schlägt dem Verwaltungsrat entsprechende Maßnahmen vor. Besteht ein Verdacht auf Verletzung des Organisationsmodells seitens eines oder mehreren VWR-Mitgliedern ist der Bericht auch dem externen Revisionsorgan zuzusenden.

Das Überwachungsorgan ist über das System der Vollmachten und Ermächtigungen innerhalb der MIVOR sowie über damit zusammenhängende allfällige Änderungen zu informieren.

Artikel 10 – Informationspflichten des Überwachungsorgans gegenüber den Organen der MIVOR

Das Überwachungsorgan hat folgende Informationspflichten zu erfüllen:

- Mitteilungen an den Verwaltungsrat, immer dann wenn es das Überwachungsorgan für die korrekte Durchführung der eigenen Aufgaben und Erfüllung der Verpflichtungen gemäß Dekret für notwendig und nützlich erachtet, indem über die vom Überwachungsorgan für begründet erachteten Verstöße des Organisationsmodells informiert wird;
- einen jährlichen Bericht an den Verwaltungsrat über die durchgeführten Tätigkeiten, die eingegangenen Hinweise, die von den zuständigen Stellen verhängten Disziplinarmaßnahmen sowie die vorgeschlagenen Änderungen und Verbesserungen am Organisationsmodell und deren Stand der Umsetzung.

Das Überwachungsorgan berichtet dem Verwaltungsrat über die aufgetretenen Verstöße gegen das Organisationsmodell.

Das Überwachungsorgan kann jederzeit vom Verwaltungsrat einberufen werden oder verlangen, von diesen angehört zu werden.

Artikel 11 – Änderung der Geschäftsordnung

Änderungen dieser Geschäftsordnung können nur mit Zustimmung aller Mitglieder des Überwachungsorgans beschlossen werden und bilden, nach Genehmigung durch den Verwaltungsrat, einen integrierenden Bestandteil des Organisationsmodells.

Artikel 12 – Anwendung der Geschäftsordnung

Gegenständliche Geschäftsordnung wird im Rahmen der Sitzung des Überwachungsorgans der MIVOR vom 11.12.2023 beschlossen.